

VILLIGEN: Grossratskandidaten erklären sich am überparteilichen Wahlanlass in der Trotte

Klar dargelegte Standpunkte

Die SVP organisierte in der Trotte einen überparteilichen Wahlanlass. Ziel war es, die Grossratskandidaten kennen zu lernen.

LORENZ CAROLI

Bezirksparteipräsident Dominik Riner konnte im Versammlungslokal eine ansehnliche Anzahl Personen begrüßen. Er freute sich, dass diesmal die Kandidierenden nicht unter sich waren. Es zeige sich, dass überparteiliche Anlässe interessanter sind als parteiinterne. Aufgabe der Politik ist es, zu diskutieren und zu verhandeln und damit die beste Lösung zu ermitteln. Beim heutigen Anlass können die Personen kennengelernt werden, bevor sie in den Grossen Rat gewählt werden. In den anschliessenden Ausführungen erläuterte Daniel Knecht als Präsident der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK)** die Wünsche, die die Wirtschaft an die Politik stellt. Die Politik muss die Firmen arbeiten lassen und sie nicht mit immer neuen Verordnungen und Gesetzen behindern. Die Firmenkader sollen innovativ arbeiten können und die Zeit nicht mit dem Studium von immer neuen Vorgaben verbringen müssen. Stabile Rahmenbedingungen und Regeln sowie ein schlanker Staat sind nötig. Knecht möchte nicht auf Konfrontation gehen, sondern will, dass man miteinander spricht und sich zu einer Lösung zusammenrauft.



Von links: Doris Iten, Birr (SVP), Daniel Geissmann, Mandach (SVP), Martin Gautschi, Windisch (FDP), Martin Wehrli, Brugg (CVP), Jürg Stüssi-Lauterburg (Gesprächsleiter), Alessandra Manzelli, Brugg (SP), Connie Fauver, Stilli (Grüne), Tobias Graf, Thalheim (FDP), Julia Geissmann, Brugg (CVP), Andrea Metzler, Brugg (SP)

BILD: CI

Der Wohlstand kann gerettet werden und die Arbeitsplätze bleiben im Aargau.

Die Kandidierenden erklären sich

Gesprächsleiter Jürg Stüssi-Lauterburg hatte im Voraus den Kandidierenden aus den fünf Parteien SVP, FDP CVP, SP und Grüne drei Fragen gestellt. Aus ihrer Sicht und mit ihrem politischen Hintergrund beantworteten und kommentierten sie vor dem Publikum die Fragen. Natürlich gingen die Antworten nach einer not-

wendigen Steuererhöhung auseinander. Mehrheitlich wurde die Steuererhöhung abgelehnt. Die falsche kantonale Finanzpolitik wurde aus beiden Lagern gegensätzlich angeprangert. In der Verwaltung müsste gespart werden, sodass die steigenden Kosten der Schule, in der Gesundheit und im Heimwesen aufgefangen werden können. Bei der Frage nach der Sicherheit wurde der Kantonspolizei aus allen Lagern ein ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt. Damit der Sicherheitsstandard beibehalten werden kann, darf bei der KAPO nicht gespart wer-

den. Der Polizeibestand muss auf das geplante Verhältnis von eins zu 1000 erhöht werden. Für die Lagerung des nuklearen Abfalles gilt als oberstes Ziel die Sicherheit. Der Abfall existiert und muss während der nächsten 200 000 Jahre sicher aufbewahrt werden. Damit nicht zusätzlicher Abfall anfällt, müssen die Atomkraftwerke sofort abgestellt werden, hörte man von der einen Seite. Die andere berief sich auf die Forschung. Möglicherweise könne der sogenannte Abfall zukünftig als Energielieferant eingesetzt werden.